



Deutschland unterstützt den Krieg – immer noch!

Das israelische Militär hat im Krieg gegen die Bevölkerung des Gaza-Streifens einen deutlich erkennbaren internationalen Hilfskonvoi beschossen und sieben Mitarbeiter:innen der Hilfsorganisation getötet. Regierungsvertreter:innen überbieten sich nun weltweit in „Empörung“. Die deutsche Außenministerin Baerbock fordert eine „gründliche Aufklärung“, sowas dürfe nicht passieren ... Aber sowas passiert jeden Tag in Gaza. Der Unterschied ist, dass dieses Mal die ausländischen Pässe der getöteten Helfer:innen in die Kameras gehalten wurden. Sie kamen aus den USA/Kanada, Polen, Australien und Großbritannien sowie Palästina ...

Sonst hätten wir hierzulande nichts erfahren. Zuvor wurden schon 170 palästinensische Mitarbeiter:innen von Hilfsorganisationen durch israelischen Beschuss getötet. Israels Regierung und Militär setzen den Hunger als Kriegswaffe ein, indem sie Hilfslieferungen blockieren. 70 % der 2,3 Millionen Menschen in Gaza stehen vor katastrophalem Hunger. Kinder sterben nicht nur durch Bomben, sondern verhungern auch. Der EU-Vertreter für Außenpolitik Borrell erklärte, das sei keine Naturkatastrophe sondern menschengemacht und es sei unsere moralische Aufgabe, das zu stoppen. Die UN-Sonderberichterstatterin spricht inzwischen davon, dass Kriterien für Völkermord erfüllt sind. Fast 33.000 Menschen wurden bereits getötet, darunter mehr als 13.800 Kinder. Nicht mitgezählt sind die, die unter den Trümmern der Häuser liegen.

Die Regierung Israels hatte nach dem schrecklichen Anschlag der Hamas im Oktober angekündigt, Gaza in Schutt und Asche zu legen. Das tun sie. Systematisch. Das ist kein Krieg gegen die Hamas und ihre Führer, für die auch das Leben der Palästinenser wenig zählt. Das ist ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung.

Beihilfe zum Massenmord

Dieser Krieg mag weit weg scheinen, wie „nur“ eine neue Episode im jahrzehntelangen Nahost-Konflikt, der sowieso schwer zu durchschauen sei. Doch dieser Krieg wird von der deutschen Regierung direkt unterstützt! Im letzten Jahr wurden für 326 Mio. Euro deutsche Rüstungsexporte nach Israel genehmigt, der allergrößte Batzen nach Beginn des jetzigen Krieges. Darunter auch 500.000 Schuss Munition für Maschinengewehre und andere Waffen.

Angesichts des Ausmaßes an Schrecken und der weltweiten Proteste in Solidarität mit Palästina, spucken selbst die westlichen Regierungen, die zu den Unterstützerinnen Israels gehören, kritische Töne. Doch außer Betroffenheit heuchelnde Worthülsen

gibt es nichts. Einen sofortigen Waffenstillstand und die Öffnung der abgeriegelten Grenzen zu Gaza forderten weder Baerbock, noch Kanzler Scholz, noch US-Präsident Biden. Waffenlieferungen an Israel gehen weiter. Und Scholz verkündete noch bei seinem Nahost-Besuch vor wenigen Wochen, Deutschland stehe an der Seite Israels „als Partner und als Freund.“ Sein „Freund“ Netanjahu hat es verstanden, das war „grünes Licht“ für weiter so!

Um wen sich die Regierung kümmert

Warum mischt sich Deutschland so viel in Kriege in aller Welt ein? Weltweit nehmen die kapitalistischen Kämpfe um Märkte und Einflussphären zu. Die USA und ihre Verbündeten wie Israel oder auch Deutschland wollen zeigen, wer das Sagen hat. Darum werden Kriege geführt und unterstützt. Manche Populisten fordern, die Regierung solle sich lieber um die Probleme in Deutschland kümmern. Doch in Wahrheit tut sie genau das: Sie kümmert sich um die Probleme der Reichen in Deutschland – und verschlimmert damit die Probleme für die Masse der Bevölkerung. Die DAX-Konzerne haben 2023 über 100 Milliarden Gewinn eingefahren. Trotzdem wird gejammert, der Wirtschaft gehe es schlecht und man müsse dringend bei Sozialem sparen, um den Unternehmen noch mehr Steuergeschenke zu machen. Finanzminister Lindner, der ein Moratorium für Sozialausgaben fordert, entdeckt plötzlich neue Milliarden für die Bundeswehr. Die Politik der Regierung gehört zusammen: Aufrüstung und Militarisierung geschehen genauso im Interesse deutscher Konzerne wie die Sparmaßnahmen im Innern. Denn die Exportnation Deutschland will mitmischen, wenn Einflusszonen und Absatzmärkte verteidigt oder neu aufgeteilt werden. Immer auf dem Rücken der Arbeitenden, weltweit wie hierzulande. Wir, die Bevölkerung, zahlen dafür den Preis – finanziell und moralisch, indem wir zu Komplizen gemacht werden sollen. Deshalb müssen wir uns auch im eigenen Interesse dieser kriegerischen Politik widersetzen!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Toll!

Die Deutsche Bahn ist mit dem Abschluss mit der GDL sehr zufrieden. Die GDL-Bundesvorstandsetage ist auch super zufrieden. Ganz große Spitze auch die Solidarität der GDLer. Selbst in der Presse Lob, außer bei der FAZ und FDP-Lindner, diesen ewigen Nörglern. Bei soviel Jubel und Durchhalteparolen, was kann es da an Fragen und Kritik geben...? Öhhhh.

Immer diese Spitzfindigkeiten im Kleingedruckten

42% der GDLer haben das Wahlmodell 2x6 Tage Zusatzurlaub gewählt. Das wäre aber ab Januar 2026 weg. Das macht die DB zufrieden. Die 35-h-Woche kommt nach und nach erst zum Januar 2029 (wieviele werden das noch erleben? Zwinkersmiley). Und die kommt auch nicht für alle. Nur für bestimmte Schichtarbeiter. Das spaltet noch zusätzlich unter den Kollegen. Eine Stunde Arbeitszeitabsenkung ab Januar 2026 soll dann rechnerisch 7 freien Tagen entsprechen. Würde unterm Strich schon einen Tag Gewinn bedeuten. Dafür muss man auch nicht mehr auf Geld verzichten. Aber der Trick ist, man hat nicht Anspruch auf 7 freie Tage. Wie die Arbeitszeitabsenkung in der Disposition umgesetzt wird, hängt vom Willen der DB ab. Wieviel werden wir später merken? Aber später könnte auch sein, dass die DB darauf pokert, dass die Leute lieber mehr arbeiten, um mehr Geld zu kriegen. Die Preise steigen, die Löhne – Dank DB – nicht so sehr. Und wird die DB uns nicht vorhalten, dass es nicht genug Personal gibt?

Immer schön flexibel bleiben – das ist der Spirit dieses Deals. Flexibel für wen?

Die Preise und Mieten warten nicht

555 Euro monatlich mehr bei 12 Monaten Laufzeit war die Forderung gewesen. Das war nicht zu hoch, wenn man überlegt, wie die Preise ab 2021 in die Höhe geschossen sind.

Mit der Einigung würden erst im August 2024 und April 2025 jeweils um 210 Euro die Löhne steigen.

Es müsste eigentlich sein, dass die Lohnerhöhung rückwirkend zum Ende des alten Tarifvertrag kommt. Aber die kommt immer später und wird hinausgezogen bis fast ans Ende des neuen Tarifvertrages.

Ein Phänomen, das sich wie Unkraut ausbreitet.

Was die DB „Frieden“ nennt

Die DB feiert die „Planungssicherheit“ wegen der langen „Friedenspflicht“. Denn der Tarifvertrag endet in Bezug auf Arbeitsentgelt Ende 2025. Für die anschließenden 2 Monate hat sich die GDL-Obrigkeit zu Verhandlungen ohne Streiks verpflichtet. Und anschließend gibt es Regeln für eine Schlichtung. Schreibt die DB. Gibt es jemals wieder Streik? Oder nur noch „kollektives Betteln“, wie uns doch Bundes-Clausi so oft erklärt hat? Viele bei uns rechnen bald wieder mit Streiks, um sich gegen den alltäglichen Krieg der DB Respekt zu verschaffen.

Nur noch eine kleine Frage am Rande

Der Abschluss soll in den 18 GDL-Betrieben gelten. Also nicht für uns. Und jetzt?

Wäre das nicht ein Grund, den Arbeitskampf fortzusetzen? Wir kriegen die Auszahlung seit Jahren als Möhre vor die Nase. Seiler weiß sowieso, was los ist. Wie soll man dieses politische Spiel durchschauen, das da läuft?

Was wird bei der Urabstimmung rauskommen?

Auch wenn Seiler selbstzufrieden tut, natürlich hatten die Streiks Druck gemacht. Die 35-h-Woche hätte es nicht gegeben. Die 420 Euro gibt es auch nur wegen der Streiks der EVG-Kollegen und die der GDL. Aber war die Streikstrategie richtig? Zwar hat die GDL als Apparat gewonnen und sitzt als Verhandlungspartner wieder am Tisch. Aber haben wir als Beschäftigte gewonnen? Haben wir *genug* gewonnen?

Die Streiktage hatten funktioniert und die Erwartung war, dass noch ein langer Streik kommt. Kam aber nicht. Und wenn die Abschlüsse von GDL und EVG so eng beieinander liegen, wären dann gemeinsame Streiks nicht viel wirkungsvoller? Die Kollegen von der Infrastruktur würden jetzt nicht so im Regen stehen? Bei den Mitgliedern kriegt man Gemeinschaft hin, es herrscht das Gefühl, dass es eine einheitliche kämpferische Gewerkschaft für alle geben muss. Die Diskussionen müssen jetzt laufen!

Nieder mit den Privilegien!

Die DB Cargo-Chefin Nikutta hatte gefordert, dass die Lokführer auf Privilegien verzichten sollten.

Schaun wir mal, was es in der DB-Welt an „Privilegien“ gibt:

- Nachtschichten
- Frühdienst ab 2:00/3:00 anfangen
- Spätdienst um 1:00 Feierabend oder später
- bei Cargo sogar Schichtbeginne und -enden zu allen möglichen Zeiten
- Wochenenden, Feiertage, Weihnachten, Silvester arbeiten
- völlig unregelmäßige Schichtlängen und -zeiten
- bei häufigen Störungen (Signale, defekte Züge, Polizei- und Notarzteinsätzen) arbeiten und Frust der Fahrgäste abfangen
- wechselnde Einsatzstellen teils ohne Wohnortbezug... Gerne sofort abschaffen!

Wissing rechnet bald mit mehr Pünktlichkeit...

...verkündete er am 1. April. Schon zu Weihnachten wäre es soweit. Kein Witz. Leider.

Gewerkschafter:innen in Solidarität mit Gaza

Es war für manche von uns schwer, monatelang wortlos dieses Massaker mit anzusehen. Jetzt kommt ein Aufruf für eine Protestkundgebung von Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin. Es wird gut, endlich zusammen offen zu reden: Mittwoch, 10. April, 16 Uhr, **Platz des 18. März, Brandenburger Tor**

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click



|| Facebook: **Der Zugfunke**

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjeistr. 17 14169 Berlin